

GREEN STEEL 4 EUROPE



Call for Action für ein starkes und
resilientes Europa



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

GREEN STEEL 4 EUROPE



Call for Action für ein starkes und resilientes Europa

Das Ergebnis der in diesem Jahr anstehenden Europawahl wird die Zukunft unseres Kontinents – und die der Stahlindustrie maßgeblich prägen. In der vergangenen Legislatur hatte die EU mit dem European Green Deal den Weg zur Klimaneutralität 2050 vorgegeben. Jetzt muss es darum gehen, die Industrie mit einem verlässlichen, kohärent ausgestalteten Transformationsrahmen auf diesem Weg zu begleiten. Mit anderen Worten: In der kommenden Legislatur muss der Fokus – im besten Falle durch eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission – auf eine europäische Industriepolitik gerichtet werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert und Energie-, Klima-, Umwelt- und Handelspolitik konsequent mitdenkt.

Ein solcher **European Industrial Deal** fußt auch auf dem klaren Bekenntnis zum European Content, denn nur dann wird es gelingen, die Klimaziele zu erreichen und

zugleich Wohlstand und Widerstandsfähigkeit der EU zu erhalten. Welche enorme systemische Bedeutung einer robusten und resilienten Grundstoffindustrie in Europa zu kommt, haben Pandemie und geopolitischen Verwerfungen der letzten Jahre schmerzlich klar gemacht.

Die Stahlindustrie ist dabei eine der Schlüsselbranchen. Denn von Brücken, Bauwerken und Batterien über Windkraftanlagen, Solarzellen und Elektrolyseuren bis hin zu kritischen Infrastrukturen, Konsum- und Investitionsgütern steht die Stahlindustrie am Anfang nahezu aller industrieller und auf regionale Vernetzung angewiesener Wertschöpfungsketten. Die Stahlindustrie ist zudem entscheidender Hebel, wenn es um die Erreichung der Ziele des European Green Deal geht – und damit um die Klimaneutralität unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Durch ihre milliardenschweren Investitionen in klimaneutrale Technologien und ihrer Schlüsselrolle für die Kreislaufwirtschaft leistet die Stahlindustrie als Pionierin einen substanziellen Beitrag für die nationalen und europäischen Klimaziele und trägt gleichzeitig zur Sicherung der industriellen Basis und damit zur strategischen Resilienz bei.

Insbesondere während der vulnerablen Phase des Umbaus zur Klimaneutralität ist es jedoch unumgänglich, die Transformationshürden der stark unter internationalem Wettbewerbs-

druck stehenden Stahlindustrie in Europa und Deutschland mit den erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu flankieren.

Um den Industriestandort Europa zukunftssicher zu machen, muss die Politik jetzt handeln.



Für eine erfolgreiche europäische Industriepolitik braucht es insbesondere:

- international wettbewerbsfähige Energiepreise und den raschen Ausbau erneuerbarer Energien
- den konsequenten Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft
- die Entwicklung grüner Leitmärkte
- einen wirksamen Handelsschutz gegen Überkapazitäten und unlautere Handelspraktiken
- die effektive Verhinderung von Carbon-Leakage und einen wirksamen CO₂-Grenzausgleich
- die Stärkung der Kreislaufwirtschaft und die Sicherung von (Sekundär-) Rohstoffen
- ein europäisches Beihilferecht, das die Transformation der europäischen Industrie beschleunigt

Unser Call for Action im Einzelnen

International wettbewerbsfähige Energiepreise schaffen

Die Europäische Union muss unverzüglich Lösungen finden, um international wettbewerbsfähige Energiepreise gewährleisten zu können. Denn die Strompreise – inklusive der Strompreisbestandteile wie Netzentgelte – liegen in Deutschland und der EU weiterhin und auf absehbare Zeit über dem Niveau anderer außereuropäische Industrieländer. Das **gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Europa**. In einer herausfordernden Konjunkturlage setzen die hohen Strompreise besonders die schon heute emissionsarm produzierenden Elektrostahlwerke unter existenziellen Druck. Da auch die klimaneutrale Zukunft der Primärstahlproduktion in der Elektrifizierung liegt – bei der sich der Strombedarf bis 2030 vervier- bis verfünfacht – ist ein international wettbewerbsfähiger und stabiler Strompreis zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Transformation der Stahlindustrie.

Dabei braucht es eine europäische Lösung – es braucht aber auch die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, geeignete nationale Ansätze zu nutzen. Strommarktdesign und Beihilferahmen sind entsprechend anzupassen. Grundlegend und unerlässlich sind der **massiv beschleunigte Ausbau von erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, einschließlich für den Wasserstoffimport**. Denn nur dann können die zukünftig benötigten enormen Mengen an grünem Strom und grünem Wasserstoff bereitgestellt werden.

Wasserstoffhochlauf beschleunigen



Für die Dekarbonisierung der Stahlindustrie ist Wasserstoff ein zentraler Baustein. Die Stahlindustrie wird eine der wichtigsten industriellen Abnehmerinnen des verfügbaren Wasserstoffs sein und ist damit als Ankernachfragerin Wegbereiter des europäischen Wasserstoffhochlaufs. Mit einem CO₂ Einsparpotential von 28 Tonnen CO₂ pro verwendete Tonne grünem Wasserstoff trägt die Stahlindustrie maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele bei.

Um eine ausreichende Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff zu international wettbewerbsfähigen Preisen sicherzustellen, ist sowohl die **heimische Produktion als auch der Import von Wasserstoff** voranzutreiben. Wesentlich ist zudem der **schnelle Wasserstoffnetzausbau** und -netzanschluss. Zudem sollte die europäische Wasserstoffbank so ausgebaut



werden, dass sie speziell für Grundstoffindustrien wie den Stahl, den **Wasserstoffbezug zu wettbewerbsfähigen Preisen** ermöglicht. Auch sollten – analog zu „Power Purchase Agreements“ (PPAs) im Strombereich – öffentlich gestützte Absicherungsinstrumente für den langfristigen Wasserstoffbezug energieintensiver Industrien eingeführt und ihre Etablierung auf nationaler Ebene unterstützt werden.

Grüne Leitmärkte aufbauen



Grüne Leitmärkte haben das Ziel, für klimafreundliche Produkte eine verlässliche Nachfrage zu entwickeln. Erster Schritt ist die Kennzeichnung des grünen Produkts, zudem muss auf dem europäischen Markt auch nachfragerisch eine Perspektive für klimafreundliche Grundstoffe geschaffen werden – denn ohne politische Flankierung können grüne Produkte aufgrund der höheren Kosten im Wettbewerb mit grauen Produkten anfänglich noch nicht

bestehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat dazu in einem intensiven Stakeholder-Dialog das **Konzept eines Kennzeichnungssystems für CO₂-reduzierten Stahl** erarbeitet, das schon 2024 zur Anwendung kommen soll. Diese Kennzeichnung **sollte schnellstmöglich auch auf EU-Ebene aufgegriffen und auf freiwilliger Basis eingeführt werden** – so wird die Grundlage für europäische grüne Leitmärkte geschaffen.

Ganz konkret können der Hochlauf von grünem Stahl über die öffentliche Beschaffung und öffentliche Ausschreibungen der Einsatz von CO₂ reduziertem Stahl angereizt werden. Damit schafft die öffentliche Hand nicht nur Investitionssicherheit für die Branche während der Transformation, sondern fördert gleichzeitig den Aufbau grüner Leitmärkte. Zur Unterstützung der grünen energieintensiven Grundstoffindustrien in Europa sollte

die Europäische Kommission daher konkrete Leitlinien für die öffentliche Beschaffung und das Vergaberecht vorlegen, die zeitnah umzusetzen sind.

Wirksamen Handels- schutz durchsetzen



Globale, graue Überkapazitäten im Stahl verzerrn seit Jahren den internationalen Handel und führen zu gravierenden Verwerfungen auf dem europäischen Stahlmarkt. Nach Berechnungen der OECD lagen die weltweiten Überkapazitäten, die zumeist durch herkömmliche klimaschädliche Technologien hergestellt wurden, 2023 bei über 600 Millionen Tonnen also dem Vierfachen der gesamten EU-Stahlkapazität. Tendenz steigend. Auf diese gravierenden Entwicklungen, die keiner marktwirtschaftlichen Logik unterliegen, muss die EU-Handelspolitik schnell wirkende Antworten finden.

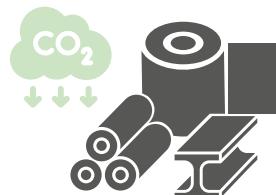
Es braucht ein **wirkungsvolles Vorgehen gegen Überkapazitäten und unfaire Handelspraktiken** durch konsequenter Einsatz der EU-Safeguardmaßnahmen sowie anderer handelspolitischer Schutzinstrumente und – wo nötig – deren Weiterentwicklung.

Für die Transformation der Stahlindustrie in Europa ist es zudem essenziell, mit gleichgesinnten internationalen Partnern zu kooperieren. Zentral muss dabei sein, die **doppelte Herausforderung der Stahlindustrie** durch

globale graue Überkapazitäten auf der einen und die Dekarbonisierung auf der anderen Seite zu **bewältigen**. Ein Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminium zwischen den USA und Europa beinhaltet dabei eine einzigartige Chance, den Klimaschutz voranzubringen, Handelsverzerrungen zu bekämpfen und zugleich einen konkreten inhaltlichen Startpunkt für einen Klimaclub zu setzen.

Carbon Leakage verhindern

Industrielle Produktion soll in Europa stattfinden und nicht an Standorte außerhalb der Europäischen Union verlagert werden – darüber herrscht in der EU weitgehend Einigkeit. Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) kann ein entscheidendes Instrument sein, um die Wettbewerbsnachteile der EU-Produzenten durch den verschärften EU-Emissionshandel anzugleichen und ein Preissignal für CO₂-intensiven Stahl zu senden. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass der neu eingeführte CBAM funktioniert und nicht umgangen wird. Es müssen deshalb zeitnah Lösungen gefunden werden, um die noch bestehenden gravierenden Schwachstellen – insbesondere die noch ausstehende Lösungen für wettbewerbsfähige Exporte sowie zur Verhinderung von Umgehungseffekten – anzugehen.



Kreislaufwirtschaft stärken



Stahl zeichnet sich durch seine herausragenden Materialeigenschaften sowie seine exzellente Recyclingeigenschaft aus. Stahl unterstützt eine zirkulare Gesellschaft durch seine Langlebigkeit und vielfältige Möglichkeiten zur Wiederverwendung. Und weil Stahl zu 100 Prozent kreislauffähig ist – also immer wieder recycelt werden kann – ist er einer der wertvollsten Grundpfeiler eines strategisch autonomen Europas.

Mit der schrottbasierten Elektrostahlproduktion ist europaweit schon heute ein relativ CO₂-armes Verfahren etabliert. Durch die Transformation der Primärroute werden diese Potenziale sowie der Bedarf an Schrott als (Sekundär-) Rohstoff enorm ansteigen. Zukünftig muss deshalb ein Monitoring System auch für derlei kritische Sekundärrohstoff-Ströme etabliert

werden, wie es bei kritischen Rohstoffen bereits der Fall ist. Auch muss die Erfassung und Aufbereitung von Stahlschrott weiter verbessert werden – um derzeit noch brachliegende Ressourcenpotenziale zu heben.

Europäisches Beihilferecht vereinfachen



Das europäische Beihilferecht muss so ausgestaltet werden, dass die industrielle Transformation zur Klimaneutralität unterstützt und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gesichert wird. Zentrale Punkte sind hier, die Verfahren zu vereinfachen, das Regelwerk vorhersehbarer zu gestalten und die Kombinierbarkeit von nationalen sowie europäischen Förderprogrammen zu verbessern. Unternehmen müssen für drängende Investitionsentscheidungen eindeutige Einschätzungen auf Basis der Beihilferichtlinien treffen können.

Das Angebot der Stahlindustrie

Die deutsche Stahlindustrie leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Dekarbonisierung und zum Erreichen der gesteckten EU-Klimaziele. Denn mit einem Anteil von rund 30 Prozent der industriellen CO₂-Emissionen in Deutschland bringen wir das gewaltige Einsparpotenzial von rund 55 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr mit. Beim Wasserstoffeinsatz weist die Stahlherstellung zudem die beste Klimaschutz-Wirkung im Sektorenvergleich auf: Beim Einsatz pro Tonne grünen Wasserstoffs werden 28 Tonnen CO₂

eingespart. Die hervorragenden Recycling-eigenschaften von Stahl – der zu 100 Prozent wiederverwertbar ist – führen zur jährlichen Wiederverwendung von rund 20 Millionen Tonnen Stahl- und Eisenschrott. Mit über 2500 Stahlsorten für verschiedenste Anwendungen ist die Stahlindustrie für die strategische Resilienz der Wertschöpfungsketten unerlässlich. Und nach dem Prinzip **grüner Stahl für grüne Produkte** trägt unsere Industrie entscheidend zur Verbesserung der CO₂-Bilanz ihrer Abnehmerbranchen bei.

Ansprechpartner

Florian Zweifel

Referent EU Affairs

florian.zweifel@wvstahl.de



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Hauptsitz

Französische Straße 8

10117 Berlin

Tel. +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de

www.stahl-online.de

Büro Brüssel

Rue Marie de Bourgogne 58

1000 Brussels

Tel. +32 2 8011387



www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl



www.twitter.com/stahl_online



www.youtube.com/stahlonline